

97

Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis. Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk. :: Fernsprecher M 8538. :: Redaktions-schluß Montags Mittags vor Erscheinen d. Blattes. Anzeigenpreis für die viergespaltene Petitzeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 20

Cöln, den 25. September 1915.

III. Jahrgang.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1914.

II.

Mitglieder- und Kassenverhältnisse. Der Krieg hat auch die Mitgliederbewegung stark beeinflusst. Am Schluß des Jahres 1913 betrug die Mitgliederzahl 341 735, dagegen am Jahres-schluß 1914 218 197, sodaß der Rückgang 123 538 ist stark 36 Prozent beträgt. An dem Mitgliederrückgang sind sämtliche Verbände beteiligt mit Ausnahme des Gewerkschaftsvereins der Heimarbeiterinnen, der seine Mitgliederzahl von 8379 Ende 1913 auf 10 159 Ende 1914 gesteigert hat. Die Gesamtzahl der weiblichen Mitglieder in den christlichen Gewerkschaften betrug (im Jahresdurchschnitt) 25 624 gegen 27 623 in 1913.

Die Kassenverhältnisse wurden naturgemäß durch die gegebenen Verhältnisse ungünstig beeinflusst. Die Gesamt-Einnahmen blieben mit 5 863 674 Mk. um 1 314 090 Mk. hinter denen des Vorjahres (7 177 764 Mk.) zurück. Berücksichtigt man, daß im Berichtsjahr nur fünf Kriegsmomente mitzählen, so ist das ein ganz erheblicher Ausfall. Die Gesamtausgaben beliefen sich im letzten Jahre auf 5 871 801 Mk., übersteigen also die Einnahmen. Der Kassenbestand betrug am Ende des Berichtsjahres 9 727 358 Mk.; davon 8 922 656 Mk. in den Hauptkassen. Für die einzelnen Verbände werden folgende Mitglieder- und Kassenziffern mitgeteilt:

Organisation	Mitgl.-Zahl am 31. Dez. 1914	Gesamt-einnahme M.	Gesamt-ausgabe M.	Kassenbest. a. 31.12.1914 M.
Bergarbeiter	46 008	1 105 681	952 168	2 750 992
Textilarbeiter	26 907	521 252	671 831	551 796
Metallarbeiter	25 222	1 082 557	998 177	1 684 878
Bayerische Eisenbahner	24 605	442 919	211 811	1 418 768
Bauarbeiter	20 110	807 552	810 735	1 508 869
Deutsche Eisenbahner	19 218	189 059	120 036	61 203
Heimarbeiterinnen	10 159	48 881	37 926	68 351
Holzarbeiter	8 772	516 386	666 428	694 539
Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter	4 917	204 013	220 072	48 690
Tabakarbeiter	3 824	70 084	80 996	15 870
Württemberg. Eisenbahner	3 559	17 508	13 243	14 187
Keram- u. Steinarbeiter	3 109	116 882	139 520	74 897
Leberarbeiter	2 956	111 642	126 177	50 056
Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner	2 646	82 058	71 627	44 080
Forst-, Land- und Weinbergarbeiter	2 577	50 885	61 408	8 989
Güterbergbau	2 590	210 938	372 349	581 390
Gasthausangestellte	2 121	65 440	66 807	17 112
Militärhandwerker und Arbeiter	2 114	28 523	21 270	6 181
Schneider	2 053	70 099	78 101	41 879
Graphischer Zentralverband	1 577	54 853	64 602	35 929
Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiter	1 481	50 752	56 286	7 547
Maler	1 120	61 197	71 096	29 257
Krankepfleger	891	25 243	19 647	6 082
Telegraphenarbeiter	436	18 690	22 710	8 628
Drucker	430	17 681	16 903	7 898
Gesamt	218 197	5 863 674	5 871 801	9 727 358

Lohnbewegungen, Streiks und Erfolge. Die Zahl der Lohnbewegungen und Streiks war 1914 natürlich nicht so groß wie im Vorjahre. Denn mit dem Ausbruch des Krieges stellten die Gewerkschaften die Lohnbewegungen ein und zwar nicht nur aus Rücksicht auf den Burgfrieden, sondern aus eigenem freien Willen. Infolgedessen sanken die Ausgaben für Streik- und Gemäßregelungenunterstützung auf 337 874 Mk. gegen 989 631 Mk. im Jahre 1913. Dagegen stiegen die Ausgaben für Reise- und Arbeitslosen-, sowie für sonstige Unterstützungen ganz erheblich. So für Reise- und Arbeitslosenunterstützung von 285 755 Mk. im Jahre 1913 auf 877 011 Mk., also um fast 600 000 Mk. im Jahre 1914; für sonstige Unterstützungen von 68 450 Mk. auf 466 954 Mk., also um 400 000 Mk., insgesamt also fast um eine Million Mk.)

„Im übrigen können sich die mit Hilfe der Bewegungen erzielten Erfolge sehr wohl sehen lassen. So erzielten die Bergarbeiter für 1263 Arbeiter Lohnerhöhungen im Betrage von 20—60 Pfg. pro Tag; die Textilarbeiter für 4525 Mitglieder Lohnerhöhungen von weniger als 1 bis zu 5 Mk. wöchentlich, macht insgesamt 309 074 Mk. auf das Jahr; dazu für 1551 Mitglieder Arbeitsverfürzungen von 1 bis 5 Stunden wöchentlich, macht 141 284 Stunden auf das Jahr. Außerdem wurden Lohnverschlechterungen abgemehrt, von denen 894 Mitglieder bedroht waren und die jährlich 62 062 Mk. ausgemacht haben würden.

Die Metallarbeiter verzeichnen Lohnerhöhungen für 1191 Mitglieder von 0.60 bis 4.80 Mk. pro Woche. Arbeitszeitverkürzungen für 111 Mitglieder von 1/2 bis 3 Stunden wöchentlich, außerdem die Abwehr beträchtlicher Verschlechterungen, Zurücknahme von Maßregelungen, gesundheitliche Verbesserungen usw.; die Bauarbeiter Lohnerhöhungen für 2218 Mitglieder von 0.60 bis 6.60 Mk. wöchentlich und Arbeitszeitverkürzungen für 713 Mitglieder von 3—6 Stunden wöchentlich; die Holzarbeiter für 1349 Mitglieder eine wöchentliche Lohnerhöhung von durchschnittlich 1.80 und eine wöchentliche Verkürzung der Arbeitszeit um durchschnittlich 2 Stunden; die Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter für 2026 Mitglieder Lohnerhöhungen von weniger wie 1.20—3 Mk. wöchentlich und darüber, macht insgesamt 292 480 Mk. jährlich, sowie für 267 Mitglieder eine wöchentliche Herabsetzung der Arbeitszeit um 3—6 Stunden, macht insgesamt 84 942 Stunden auf das Jahr; außerdem Urlaubsgewährung in 12 Fällen, Einführung von Arbeiterausschüssen usw. Die Lohnbewegungen der Keram- und Steinarbeiter brachten 3677 Mitgliedern wöchentliche Lohnerhöhungen von insgesamt 6450 Mk. ein; diejenigen der Lederarbeiter 639 Mitgliedern wöchentliche Erhöhun-

gen des Lohnes um durchschnittlich 1—4 Mk.; diejenigen der Gemeindearbeiter und Straßenbahnen 474 Mitgliedern Lohnerhöhungen von 5—26 Mk. monatlich, ferner 65 Mitgliedern Arbeitszeitverkürzungen von 3 und 6 Stunden wöchentlich.

Diesem Verband mit seinen überwiegend fest entlohn-ten Mitgliedern gelang es im übrigen, beträchtliche Erhöhungen von Ueberstundenlöhnen, Verkürzung der Fristen zur Erreichung der Höchsthöhe bis zu 5 Jahren, die Gewährung von Kinderzulagen, Urlaub usw. durchzudrücken. Bei den Schneidern schwankt der erzielte Mehrverdienst zwischen 1.25 und 2.50 Mk. wöchentlich; der Graphische Zentralverband verzeichnet für 200 Mitglieder eine 5prozentige Lohnerhöhung und eine Verkürzung der Arbeitszeit um 3 Stunden wöchentlich; der Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiterverband für 1193 Mitglieder wöchentliche Lohnerhöhungen von durchschnittlich 0.60—3 Mk. und für 925 Mitglieder Arbeitszeitverkürzungen von 1/2 Stunde bis zu 3 Stunden wöchentlich; der Malerverband für 341 Mitglieder wöchentliche Lohnerhöhungen von 0.50—2 Mk. und für 163 Mitglieder wöchentliche Verkürzungen der Arbeitszeit um 1 1/2 bis 3 Stunden; außerdem stieg auf Grund der früher abgeschlossenen Verträge im Berichtsjahr der Lohn um 1 Pfg. pro Stunde für 260, und um 2 Pfg. pro Stunde für 985 Mitglieder. Die Gärtner schließlich erkämpften für 139 Mitglieder Lohnerhöhungen von 1—3 Mk. wöchentlich.

„Der Lohnkampf während des Krieges“, so heißt es weiter in dem Bericht, „war im übrigen zu einem guten Teil ein Kampf um Teuerungszulagen.“ Wie erfolgreich gerade unser Verband auf diesem Gebiete gearbeitet hat, haben unsere Kollegen aus den fortlaufenden Berichten im Verbandsorgan ersehen können. In mehr als 30 Orten wurde unieren diesbezüglichen Anträgen bisher stattgegeben und Teuerungszulagen bewilligt.

Seitens unseres Zentralvorstandes war zu Anfang dieses Jahres auch eine Eingabe an eine Reihe von Straßenbahnverwaltungen, kommunale wie private, gerichtet worden, um eine Aufhebung der dort noch bestehenden Koalitionsverbote zu erlangen. Für diese wichtige Frage fanden wir bei den betreffenden Stellen leider kein Verständnis.

Ähnlich erging es dem Krankenpflegerverband und dem Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiterverband. „Die betreffenden Betriebe drehten den Spieß um und verschanzten sich ihrerseits hinter den Burgfrieden, der, wenn man ihnen glauben soll, durch das Vorgehen der genannten christlichen Verbände bedroht worden sein soll. Es sind das Ueberbleibsel aus der Zeit vor dem Kriege, mit denen hoffentlich die nach dem Kriege anbrechende neue Zeit endgültig aufräumt.“

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Zur Beleuchtungsfrage. Petroleum ist durch die Abschneidung unseres Ueberseehandels rar geworden. Bisher bezogen wir vier Fünftel unseres Bedarfs aus Amerika, den Rest aus Galizien und Rumänien; nur ein kleiner Bruchteil wurde im eigenen Lande gewonnen. Die schon im vorigen Winter vorhandene Petroleumknappheit ist Veranlassung gewesen, daß im Laufe dieses Sommers vielerorts zur Gas- und elektrischen Beleuchtung übergegangen wurde. Manche Städte haben sich auch große Petroleummengen gesichert. So die Stadt Köln rund 3 1/2 Millionen Liter.

Daneben läßt sich die Stadt aber auch den Vertrieb von Spiritus angelegen sein und liefert sogar die hierzu nötigen Lam-

pen oder Erfakteile. Der Stadt ist es gelungen, einen großen Posten von Spirituslampen zu verhältnismäßig billigen Preisen anzukaufen. Wer aber den Betrag dafür nicht anlegen kann, dem ist auch Gelegenheit gegeben, die im Besitz befindlichen Petroleumlampen durch einen neuen Brenner umändern zu lassen.

Die Preise betragen:

für die vollständige Spiritus-			
glühlicht-Dischlampe	9.65 Mk.	gegen sonst	13.— Mk.
für die vollständige Spiritus-			
Rüchenlampe	8.90 "	"	12.50 "
für die Spiritus-Brenner 10"	4.75 "	"	6.— "
" " " 14"	5.25 "	"	6.75 "
" Glühkörper	0.50 "	"	0.60 "
" Schirmträger	0.80 "	"	1.— "
" Einfüllringe z. Nendern v.			
Petroleumlampe f. Spiritus	0.50 "	"	0.60 "
" Zylinder, Origin. Fenaglas	0.25 "		

Die Lampen verbrennen durchschnittlich in 16 Brennstunden ein Liter Spiritus zum Preise von 60 Pfg. Eine genügende Menge Brennspiritus ist sichergestellt. Eine Preiserhöhung ist nicht zu erwarten. Die Pflege der Lampen ist einfach. Der Preis für Spiritus — zur Zeit 60 Pfg. das Liter — wird voraussichtlich heruntergehen. Spiritus wird ständig in genügender Menge in Köln vorrätig sein.

Städtische Milchversorgung. Durch den Mangel an Futtermitteln und die großen Viehabschlachtungen ist vielfach Milchknappheit eingetreten. Das wird nun zu einer erheblichen Verteuerung dieses Produktes benutzt. Stellenweise sind die Preise um 6—8 Pfg. für das Liter gestiegen. Um einer Verschwendung der Milch vorzubeugen, hat der Bundesrat ein Verbot erlassen, Milch zur Bereitung von Sahne und zum Backen zu benutzen. Einige Städte haben Höchstpreise für Milch festgesetzt. So Augsburg 22 Pfg. für das Liter. Aber die Folge war, daß dann die Zufuhr ausblieb. Köln und einige andere Städte haben darum den Bezug und Verkauf selbst in die Hand genommen. In Köln wird diese Milch für 26 Pfg. in 20 Geschäften verkauft. Damit ist Ueberforderungen ein Niegel vorgeschoben.

Die Beschaffung des Winterbedarfs an Kartoffeln ist für die Arbeiterbevölkerung eine Frage von erheblicher Bedeutung. Willt doch die Kartoffel neben dem Brot das Hauptnahrungsmittel des armen Mannes. Es ist eine sehr gute Kartoffelernte zu erwarten, die selbst nach Ansicht landwirtschaftlicher Kreise die letztjährige Ernte um das doppelte übersteigt.

Demnach müßte man mit sehr niedrigen Preisen rechnen können. Aber die Spekulation sucht nach Kräften ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen und wird wohl nichts unterlassen, um die Preise möglichst in die Höhe zu treiben. Gaben besonders schlaue Leute doch schon ausgerechnet, daß die Landwirtschaft einen Preis von 5 Mk. für den Zentner haben müsse. Das würde einen Händlerpreis von 7—8 Mk. bedeuten und wäre geradezu unerhört. Darum muß beizeiten vorgebeugt werden.

Das „Zentrablatt der christlichen Gewerkschaften“ befaßt sich in seiner letzten Nummer (19) in einem längeren Artikel mit dieser Frage und schreibt darin u. a.:

„Wir müssen von der Regierung fordern, daß sie Klarheit in der Kartoffelversorgung schafft. Die Kosten der bestehenden Unklarheit gehen zu Lasten der ohnehin so sehr gedrückten minderbemittelten Bevölkerung.“

Das einzig wirksame Mittel ist die Festlegung von mäßigen Höchstpreisen und Beschlagnahme der zur menschlichen Ernährung benötigten Kartoffelmengen. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften fordert in seiner Eingabe an die Reichsregierung Beschlagnahme und Enteignung der für die menschliche Ernährung erforderlichen Kartoffelmengen zu Kleinhandelspreisen von 3.25—3.75

Mk. Die Beschlagnahme und Enteignung soll so frühzeitig geschehen, daß die Kartoffeln den Konsumenten zu der sonst üblichen Einkellerungszeit zur Verfügung gestellt werden. Eine weitere Ermäßigung der Kartoffelpreise für die unteren Einkommensklassen soll dadurch herbeigeführt werden, daß sie von den Kommunen unter Umgehung des Großhandels zentnerweise an die Konsumenten und zum pfundweisen Verkauf an den Kleinhandel abgegeben werden. Der Kriegsausschuß für Konsumenten-Interessen hat ähnliche Forderungen erhoben. Die Konsumenten sind sich einig darüber, daß die Regierung die Dinge nicht laufen lassen darf, daß sie bald und aber auch ganz eingreifen muß: Höchstpreise und Enteignung.

In dem angegebenen Sinne betätigen sich denn auch erfreulicherweise schon einige Stadtverwaltungen. So hat die Stadt Köln sich schon gewaltige Kartoffelmengen gesichert, die zu möglichst billigen Preisen abgegeben werden. Jetzt schon können die Kriegerfrauen ihren Bedarf an Kartoffeln angeben. Die Stadt liefert sie ihnen dann aus Haus und wird den Betrag ratenweise an den Unterstützungen einbehalten. Ebenso sollen die städtischen Beamten und Arbeiter Kartoffeln von der Stadt beziehen können gegen ratenweise Abzahlung bei den einzelnen Gehalts- und Lohnperioden. In gleicher Weise will die Stadt Gagen i. W. verfahren, die den Rentner zu 3 Mk. abgeben will.

Wir möchten unseren Ortsgruppen nahelegen, bei ihren Stadtverwaltungen anzuregen, in gleicher Weise wie diese beiden Städte zu verfahren. Damit würde den städtischen Arbeitern zweifellos ein guter Dienst erwiesen.

Städtische Seefischmärkte. Fleisch ist ein Augustartikel geworden. Die Preise hierfür sind für das Gros der Bevölkerung unerschwinglich. Die „billigen“ Fleischtage, die auf kurze Zeit durch den Verkauf der städtischen Vorräte eingerichtet wurden, sind vorüber. Sie werden sobald auch nicht wiederkehren. Es muß darum nach Ersatzmitteln gesucht werden. Ein guter Ersatz für Fleisch bilden Fische. Die letzten Fischfänge in Nord- und Ostsee waren überaus stark. Eine Anzahl Städte haben sich nun entschlossen, Seefischmärkte einzurichten, um der Bevölkerung den Bezug von Seefischen zu billigen Preisen zu ermöglichen. Die Stadt Köln hat bereits den Anfang damit gemacht, indem sie 20 Verkaufsstellen eingerichtet hat.

Erhöhung der Unterstützung für die Kriegerfamilien.

Die enorme Verteuerung der Lebensmittel u. sonstigen Bedarfsgegenstände zwingt die Gemeinden nicht nur zur Gewährung von Teuerungszulagen für ihre Arbeiter, sondern auch zu einer Erhöhung der Unterstützungssätze für die Kriegerfamilien. Zwar hat auch der Reichstag bei seiner letzten Tagung zugestanden, daß die bestehenden Unterstützungen nicht ausreichend seien und beschlossen, sie zu erhöhen. Doch bis zur Ausführung dieses Beschlusses dürfte immerhin noch einige Zeit vergehen. Darauf kann man die Kriegerfamilien angesichts der vielfach herrschenden Not aber kaum warten lassen. Es machen sich daher mancherorts die Gemeinden daran, von sich aus eine Erhöhung vorzunehmen. Zwei große rheinische Städte haben das bereits getan, Düsseldorf und Köln. In Düsseldorf, wo die Erhöhung vom 1. August ab gewährt wird, betrug früher der Darzuschuß zur Reichskriegsunterstützung für die Frau und die ersten drei Kinder 100%, während für die weiteren Kinder ein Zuschuß nicht gezahlt wurde. Jetzt wird auch für diese der gleiche Zuschuß gezahlt. Daneben werden seitens der Zentralstelle für freiwillige Liebestätigkeit noch Naturalunterstützungen gewährt. Zur Bemessung derselben wird ein bestimmter Mindestbetrag (Existenzminimum) zu Grunde gelegt, wobei Ausgaben für Miete, Kleider, Schuhe, Wäsche und Heizung nicht mit eingeschlossen sind.

Dieser

betrug bisher		beträgt seit 1. August	
für 1 Person täglich	0.80 Mk.	für 1 Person täglich	0.90 Mk.
„ 2 Personen „	1.20 Mk.	„ 2 Personen „	1.40 Mk.
„ 3 „ „	1.50 Mk.	„ 3 „ „	1.85 Mk.
„ 4 „ „	1.80 Mk.	„ 4 „ „	2.30 Mk.
„ 5 „ „	2.10 Mk.	„ 5 „ „	2.75 Mk.
„ 6 „ „	2.40 Mk.	„ 6 „ „	3.20 Mk.
„ 7 „ „	2.70 Mk.	„ 7 „ „	3.65 Mk.
„ 8 „ „	3.00 Mk.	„ 8 „ „	4.10 Mk.

Die Miete wird bei Erreichung des Mindestbetrages von den Einnahmen vorweg in Abzug gebracht, ihre Zahlung also dadurch gewährleistet. Unterstützung für Kleider, Schuhe usw. wird besonders gewährt. Bei Berechnung der Einnahmen wird der Arbeitsverdienst nur zur Hälfte in Rechnung gestellt.

Während Düsseldorf die Erhöhung überwiegend auf die Naturalunterstützung legt, hat die Stadt Köln eine Erhöhung der Barunterstützung beschlossen, die ab 15. September gewährt wird.

Die bisherige und die neue erhöhte Unterstützung ist aus folgender Tabelle zu ersehen.

Es beträgt die Unterstützung

	vor 15. Sept.	nach 15. Sept.
Für alleinstehende Ehefrauen	24 Mk.	33 Mk.
„ Ehefrauen mit 1 Kind	36 Mk.	45 Mk.
„ „ „ 2 Kindern	48 Mk.	57 Mk.
„ „ „ 3 „	60 Mk.	69 Mk.
„ „ „ 4 „	72 Mk.	81 Mk.
„ „ „ 5 „	84 Mk.	94 Mk.
„ „ „ 6 „	96 Mk.	108 Mk.
„ „ „ 7 „	108 Mk.	120 Mk.
„ „ „ 8 „	120 Mk.	132 Mk.
„ „ „ 9 „	132 Mk.	144 Mk.
„ „ „ 10 „	144 Mk.	156 Mk.
„ alleinstehende Mütter, Väter usw.	12 Mk.	18 Mk.
„ „ Kinder	12 Mk.	15 Mk.
„ „ Eltern,		
„ Großeltern usw.	24 Mk.	33 Mk.

Die bisher neben der Barunterstützung aus der städtischen Kriegssammlung gewährten Naturalunterstützungen bleiben in der gleichen Höhe bestehen. Diese betragen für die Ehefrau 6 Mk., für jedes Kind je 3 Mk. mehr; für alleinstehende Mütter oder Väter 18 Mk., für alleinstehende Eltern 36 Mk. monatlich. Von der erhöhten Barunterstützung kann ein um 3—4 Mk. höherer Abzug wie bisher für Miete gemacht werden.

Im Monat Juli sind an 54 000 Kriegerfamilien mit 123 178 Köpfen an Reichsunterstützung 944 000 Mk., an städtischem Zuschuß 932 000 Mk., also insgesamt fast 2 Millionen Mk. gezahlt worden. Inzwischen ist die Zahl der zu unterstützenden Familien auf über 61 000 angewachsen. Die erhöhte Unterstützung dürfte etwa 400 000 Mk. im Monat betragen.

Rundschau.

Auszeichnungen. Das Eisernes Kreuz erhielten die Kollegen Josef Brühl am 26. 8. 15. und Michael Linckhamer, am 15. 9. 15, beide Straßenbahner-Köln. Kollege Sergeant Wilh. Merk, Straßenbahner-Mannheim, erhielt am 13. 9. 15 die Karl Friedrich Verdienstmedaille am Bande. Kollege Ferdinand Klug, Vorsitzender der Ortsgruppe Frankfurt a. M. wurde wegen bewiesener Tapferkeit vor dem Feinde am 10. September zum Unteroffizier befördert. Wir gratulieren diese Kollegen herzlichst zu ihren Auszeichnungen und wünschen ihnen glückliche Heimkehr.

* * *

Der Kriegsbeschädigtenfürsorge wird allenthalben große Aufmerksamkeit geschenkt. Reich, Staat und Gemeinden, wie große und kleine Korporationen befassen sich damit. Das Hauptaugenmerk richtet man dabei auf die Berufsberatung, Arbeitsvermittlung

lung und Entlohnung der Kriegsbeschädigten. Die Arbeiterschaft hat daher von Anfang an diesen Bestrebungen lebhaftes Interesse entgegengebracht und arbeitet tatkräftig mit. Neuerdings ist ein Ausschuß für diesen Zweck für die Provinz Brandenburg gebildet worden, während solche in den übrigen Landesteilen wohl längst tätig sind. Im Königreich Sachsen ist zu dem gleichen Zweck im Juni unter reger Beteiligung der Arbeiterschaft eine Stiftung „Heimatdank“ gegründet worden. Alle Gewerkschaftsrichtungen sind darin vertreten; halten sie doch diese Mitwirkung für eine selbstverständliche Pflicht. Dabei hat sich nun das merkwürdige Bild gezeigt, daß sich die sozialdemokratische Partei auf den entgegengesetzten Standpunkt stellte. Sie verbot ihren Parteifunktionären nicht nur die persönliche Mitarbeit in dieser wichtigen Sache, sondern warnte auch die sozialdemokratischen Gemeindevertreter davor, Gelder der Gemeinden für diesen Zweck zu bewilligen. Als Begründung für diesen mehr als sonderbaren Standpunkt wurde angeführt, daß das Reich verpflichtet sei, für die Kriegsbeschädigten zu sorgen. Ja, wenn nun die Gemeinden zu der Frage der Unterstützung der Kriegervfamilien den gleichen Standpunkt eingenommen hätten? Dann hätten die meisten von diesen ja verhungern können. Da sind also die Bürgerlichen doch noch vernünftiger und menschenfreundlicher gewesen, als die Leitung der sächsischen Sozialdemokratie. Zwischen den Gewerkschaften und der soziald. Parteileitung ist es dieserhalb denn auch zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen. Inzwischen hat die Partei denn auch eingesehen, daß ihre Stellungnahme eine durch und durch verfehlte war. Denn der Beschluß, der den Parteifunktionären die Mitarbeit und den Gemeindevertretern die Bewilligung von Geldmitteln für die Kriegervfürsorge untersagte, ist inzwischen aufgehoben worden. Diese Erledigung des leidigen Streitfalles, sagt dazu das Korrespondenzblatt der Generalkommission der freien Gewerkschaften, entspricht sowohl den Interessen der Kriegsbeschädigten als denen der Arbeiterbewegung.

Aus unseren Berufen.

Teuerungszulagen.

Würzburg. Auf unsere Eingabe hin bewilligte die Straßenbahndirektion folgende Zulagen mit Wirkung vom 1. Juli ab: Für Ledige und Verheiratete ohne Kinder monatlich 3 Mark; für Verheiratete mit Kindern unter 15 Jahren: mit 1 Kind 3,50 Mk., mit 2 Kindern 4 Mk., mit 3 Kindern 4,50 Mk., mit 4 und mehr Kindern 5 Mk. monatlich. Diese Zulage erhalten sämtliche Angestellte mit einem Einkommen bis 2000 Mk.

Münster gewährt eine Kriegsteuerzulage laut Stadtverordnetenbeschuß vom 1. Sept. in Form einer Kinderzulage, rückwirkend vom 1. April ds. Jz. ab. Die Nachzahlung für die verfllossene Zeit findet in der Weise statt, daß bei der Auszahlung der Zulage in den nächsten Monaten zugleich die Zahlung für je einen der zurückliegenden Monate erfolgt. Die Zulage wird nur für Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahr gewährt. Sie beträgt:

Bei 2 Kindern monatlich	6 M.
" 3 " " "	7 M.
" 4 " " "	8 M.
" 5 " " "	9 M.
" 6 " " "	10 M.
" 7 und mehr Kindern	12 M.

Somit bleiben hier nicht nur die Ledigen von der Zulage ausgeschlossen, sondern auch die Verheirateten ohne Kinder und mit einem Kinde. Das ist umso mehr zu bedauern, als die Lohnverhältnisse ohnehin sehr viel zu wünschen übrig lassen. Wäre dieser Umstand mit berücksichtigt worden, so hätte man niemanden von der Zulage ausschließen dürfen.

Köln. Durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 22. April d. J. ist den städtischen Beamten und Arbeitern mit einem Jahreseinkommen von 1600 Mk. bezw. 1500 Mk. eine Teuerungszulage von 10 Prozent bewilligt worden. Diese Einkommensgrenze war zweifellos zu niedrig bemessen; insolge dessen ging ein Teil der Arbeiter leer aus. Es handelt sich um die Arbeiter in den höchsten Dienstjahren. Versuche, besondere Zulagen seitens der Betriebe zu erlangen, hatten keinen Erfolg. Wir haben nun unter dem 7. d. M. eine Eingabe an den Oberbürgermeister gerichtet, in der die Heraussetzung der Einkommensgrenze auf 2000 Mk. beantragt wird. Dadurch würden alle städtischen Arbeiter, auch solche, die in den Höchsthöhnen stehen, eine Teuerungszulage erhalten.

Verbandsnachrichten.

Vom 2. Quartal haben abgerechnet: Pforzheim, Guskirchen, Mainz, Eimbach, Stuttgart—Gemeindearbeiter.

Gemeinnützige Deutsche Volksversicherung

Wer

Frau u. Kinder
für seinen Todesfall
sichern und sich für sein
Alter, oder für die Ausbildung,
Aussteuer oder den Sterbefall seiner Kinder

ein Kapital bis zu 2000 M.

sichern will, wähle die besonders günstigen Tarife unserer gemeinnützigen Volksversicherung.

Alle Gewinne fließen
den Versicherten zu.

Zentralverband der Gemeindearbeiter und Strassenbahner Deutschlands

Anfragen erbeten an:
Generalsekretariat der Christl. Gewerkschaften
Cöln a. Rhein, Wenzler Wall 9



Es starben den Heldentod für König und Vaterland
unsere Mitglieder

Jakob Kneip, Strassenbahner Köln,
gefallen in Russland am 1. Aug. 15.

Mathäus Danzor,
Strassenbahner Mannheim,
gefallen in Russland am 16. Aug. 15.

Paul August Rosmann,
Stadtarbeiter Danzig,
gestorben in einem Feldlazarett in Russland,
am 26. 8 14.

Johann Odermatt,
Straßenbahner Köln,
gefallen in Rußland Anfang Sept. 15.

Wir werden den tapferen Helden ein ehrendes Andenken
bewahren.